

Drohnen in den Griff bekommen

Drohnen Die Regierung hält zwar ein kantonales Drohnenkonzept für überflüssig, sieht aber Handlungsbedarf bei Gefängnissen und AKWs.

VON JÖRG MEIER

Für einmal kann die Regierung die Bevölkerung beruhigen. Eine Bedrohung durch Drohnenangriffe wurde bisher im Aargau nicht festgestellt. Dennoch will man aufmerksam sein und gefährdete Gebäude mit geeigneten Massnahmen schützen. Aber eigentliche Flugverbotszonen einrichten oder gesetzliche Regelungen erlassen, möchte der Regierungsrat nicht. Dies geht aus einer Antwort auf eine Interpellation der BDP-Fraktion hervor. Keinerlei Drohnengefahr drohe den Gebäuden der zentralen Verwaltung; da wird die Angriffswahrscheinlichkeit durch



Mit möglicher Drohnengefahr beschäftigt sich nun auch die Regierung. HO

eine Drohne als äusserst gering eingeschätzt, sagt die Regierung. Anders sieht es bei den Gefängnissen und den beiden Kernkraftwerken Beznau und Leibstadt aus. Da bestehe durchaus ein höheres Risiko. Erste Massnahmen sind eingeleitet; so sind die Kernkraftwerksbetreiber mit dem eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) bezüglich Drohnenabwehr bereits in Kontakt. Ergebnisse stehen allerdings noch aus. Noch nicht geklärt

st, ob es sich beim Tanklager in Mellingen und der Verteilzentrale der Swissgrid in Laufenburg ebenfalls um Objekte mit erhöhtem Risiko handelt.

Spazierhofvergitterungen In sämtlichen aargauischen Gefängnissen werden die vorhandenen Spazierhöfe zusätzlich zur bestehenden Vergitterung mit einem engmaschigen Gitter versehen. Dadurch will man Drohnenangriffe und damit das Abwerfen verbotener Gegenstände verhindern. Für die Justizvollzugsanstalt Lenzburg ist zudem die Prüfung eines Drohnenabwehrsystems geplant. Der Kanton könnte zwar in eigener Kompetenz Vorschriften erlassen und Flugverbotszonen für Drohnen einführen. Doch die Regierung zweifelt, ob mit solchen Regelungen kriminelle Machenschaften zu verhindern wären. Deshalb verzichtet sie und setzt auf die Sensibilisierung der Eigentümer.